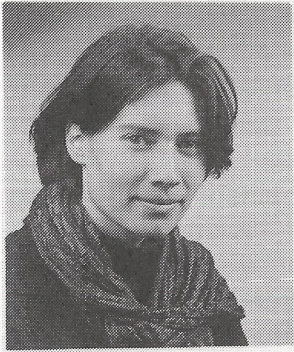


prattler post



Liebe Leserinnen und Leser



Wieder einmal flattert Ihnen eine prattler post ins Haus. Für uns ist es die Zehnte. Diese Ausgabe erscheint in einer Grossauflage und ich begrüsse deshalb auch alle neuen Leserinnen und Leser ganz herzlich. Wie je-

desmal möchten wir Sie mit unserer post über die neusten Themen und Aktivitäten der Unabhängigen in Pratteln informieren.

Am 23. November sind wieder Abstimmungen. Wir haben uns mit den kantonalen Themen zum Kulturvertrag und der Kostenumverteilung im öffentlichen Verkehr befasst. Dabeiben ist einer unserer aktuellen Schwerpunkte... das liebe Geld. Um unsere Gemeindefinanzen steht es nicht zum besten. Seit Jahren wird ein Defizit erwirtschaftet. Logischerweise kann das nicht so weitergehen. Die sinnvollen Lösungen sind aber meist unpopulär und deshalb auch unangenehm. Der LdU Pratteln hat Vorschläge ausgearbeitet, auch wenn wir wissen, dass sie wohl nicht nur auf Begeisterung stossen werden. Wir sind jedoch überzeugt, dass man jetzt handeln muss, denn nur eine schuldenfreie Gemeinde kann sich auch tatkräftig für ihre Einwohner einsetzen.

Lesen Sie unsere Ideen, und wenn es Sie in den Fingern juckt, zögern Sie nicht und schreiben Sie uns Ihre Meinung und Anregungen. Wir freuen uns und antworten Ihnen gerne.

Mit freundlichen Grüssen

Petra Ramseier

INHALT:

- Begrüssung
- Kostenumverteilung im öffentlichen Verkehr
- Kulturvertrag
- Finanzhaushalt Pratteln
- Es braucht die Unabhängigen
- Gemeindefinanzen abbauen
- Schlusswort

Extra-Ausgabe

zu kantonalen Vorlagen

Kulturvertrag und
Kostenumverteilung im öffentlichen
Verkehr

Volksabstimmung - vom 23. November 1997

Kostenumverteilung in der Förderung des öffentlichen Verkehrs

Worum geht es?

Das neue eidgenössische Eisenbahngesetz, welches seit dem 1. Januar 1996 in Kraft ist, sieht vor, dass neu die Kantone auch an den Regionalverkehr der SBB und des Postautos eine Abgeltung an die ungedeckten Kosten leisten müssen. Der Kanton wiederum regelt ebenfalls per Gesetz, wie sich die Gemeinden an den Kosten beteiligen. Bei Anwendung des geltenden Gesetzes müssen die Anliegergemeinden von SBB- und Postauto-Linien jetzt auch noch Beiträge an diese ungedeckten Linienkosten entrichten. Die Gemeinden leisten heute aufgrund ihrer Einwohnerzahl Beiträge an den öffentlichen Verkehr. Nun stehen zwei Modelle zur Diskussion, wie die Kostenverteilung künftig geregelt werden soll. Obwohl es sich zum Teil um recht komplexe Vorlagen handelt, möchten wir sie jeweils in ein paar Zeilen zusammenfassen.

Was will die Initiative?

Die Initiative verlangt im Wesentlichen, dass der Kanton die Kosten zur Förderung des öffentlichen Verkehrs nicht mehr an die Gemeinden abwälzt, sondern selber dafür aufkommt. Die wegfallenden Gemeindebeiträge soll der Kanton durch eine Erhöhung der Staatssteuer und eine Senkung des ungebundenen Finanzausgleichs kompensieren.

Was will der Gegenvorschlag?

Der Gegenvorschlag des Landrates schlägt ein Modell zur Kostenverteilung vor, das darauf abzielt, Gemeinden mit einem grossen Angebot von öffentlichem Verkehr stärker zu belasten und solche mit einem kleinen Angebot weniger.

Stellungnahme der Unabhängigen

Die Unabhängigen können sich mit keinem der beiden Vorschläge anfreunden. Die Initiative ist gar nicht vollkommen zu beurteilen, weil nicht alle Zahlen vorhanden sind. Für eine einzelne Gemeinde würden die Annahme der Initiative ja bedeuten, dass für sie die Kosten für den ÖV wegfallen und sie aber auch weniger Finanzausgleich erhält. Um nun die Folgen dieser Umverteilung für eine Gemeinde abschätzen zu können, müsste man wissen wie hoch der heutige Beitrag an den ÖV ist und auf welchen Betrag sich der heutige sowie der zukünftige Finanzausgleich beläuft. Im weiteren ist anzumerken, dass, wenn die Gemeinden nicht ihren Gemeindesteuerfuss senken, diese Initiative eine Steuererhöhung bedeutet.

Der Gegenvorschlag des Landrates setzt falsche Anreize. Wenn eine Gemeinde wenig ÖV anbietet bezahlt sie weniger. Eine Gemeinde spart also Geld, wenn sie ihr ÖV-Angebot reduziert. Wo bleiben da die Anreize den ÖV zu fördern? Ganz abgesehen davon, dass nicht nur die Einwohner der jeweiligen Standortgemeinde von einer Haltestelle profitieren, sondern zum Beispiel auch alle Pendler.

Eine einigermaßen gerechte Kostenverteilung würde jene Gemeinden entlasten, welche viele Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Denn solche Gemeinden ziehen Pendler an, welche an einem anderen Ort Steuern zahlen aber vom Angebot dieser Gemeinde profitieren. Ebenso müssten Gemeinden entlastet werden, welche grossem Durchgangsverkehr ausgesetzt sind. Solche Gemeinde haben Nachteile, weil sie zwischen attraktiven Wohnorten und Zentren von Arbeitsplätzen liegen, für die sie bis heute alleine aufkommen müssen. Die beiden Vorschläge sind zu wenig ausgereift und berücksichtigen diese Aspekte nicht. Die Unabhängigen empfehlen deshalb zweimal Nein. Bei der Stichfrage empfehlen wir der Initiative Vorrang zu geben, weil sie dem ÖV weniger schadet.

Michael Zarantonello

LANDESRING.
Die Unabhängigen.

Kulturvertrag

Am Wochenende vom 23. November können wir auch über den Kulturvertrag abstimmen. Um was geht es?

Die Abstimmungsfrage lautet:

„Wollen Sie den Landratsbeschluss vom 12. Juni 1997 betreffend Vertrag zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt über die partnerschaftliche Finanzierung von im Kanton Basel-Stadt domizilierten Kulturinstitutionen mit regionalem Angebot 28. Januar 1997 (Kulturvertrag) annehmen?“ Was steht hinter diesem Satz, den wir mit Ja oder Nein beantworten können?

Baselland verpflichtet sich mit einem Staatsvertrag mit Baselstadt dazu, jedes Jahr 1% der Steuererträge der natürlichen Personen an die wichtigsten 16 Kulturinstitutionen von Baselstadt zu zahlen. Das heisst, dass von Ihrer Staatssteuer 1% nach Basel geht. Doch wohin nach Basel? Es hat keinen Sinn, dass ich hier alle 16 Institutionen aufzähle. Doch die beiden grössten Brocken gehen an das Theater Basel und an die Stiftung Basler Orchester. Es sollen aber auch kleinere Beträge, unter anderem an den Rockförderverein Basel, Kulturwerkstatt Kaserne, Junges Theater Basel und Musikwerkstatt Basel bezahlt werden.

Der Landrat und Regierungsrat empfehlen uns, diesem Vertrag zuzustimmen.

Das sind die Informationen, die uns zur Verfügung stehen, um die Frage mit Ja oder Nein zu beantworten. Doch lässt sich mit dem schon eine Meinung bilden?

Wenn ich mich mit diesem Thema auseinandersetze, kommen mir verschiedene Gedanken.

Ich orientiere mich in meiner Freizeit sehr stark nach Basel. Für mich besteht hier grundsätzlich keine Kantonsgrenze. So ist es richtig, dass der Kanton Baselland sich an Ausgaben beteiligt, welche die Attraktivität der Stadt fördern und unterstützen. Doch dann frage ich mich auch, ob diese Institutionen wirklich unterstützungswürdig sind. Gäbe es nicht andere Dinge, die mehr zum kulturelle Leben beitragen, als das Theater Basel, das etwa 54% des Geldes verschlingen wird, welches durch den Kulturvertrag nach Basel fliessen soll? Da kommt bereits die Frage auf, was Kultur ist. Und weiter: soll Kultur überhaupt vom Staat gefördert werden?

Bald wird mir klar, dass eine Frage, die ich mit Ja oder Nein beantworten sollte, viele weitere Fragen nach sich zieht, welche viel schwieriger zu beantworten sind. Kultur braucht Geld um zu leben und sich weiter zu entwickeln. Ob dies nun staatliche

oder private Mittel sind, sollte für die Kultur keine Rolle spielen.

Wie wichtig ist ein Stadttheater für das kulturelle Leben? Könnten mit diesem Geld nicht viele kleinere Institutionen unterstützt werden, die zu einer grösseren Vielfalt des kulturellen Lebens beitragen würden? Oder gehört eben auch ein so grosses Theater zu dieser für mich wünschenswerten Vielfalt?

Ich könnte hier noch viele Gedanken und Fragen behandeln. Jedoch wollen wir in dieser Prattler Post auch über andere Dinge berichten. Das gehört nämlich zu unserer Kultur, die nicht vom Staat unterstützt wird, sondern auf private Mittel angewiesen ist.

Ich werde trotz meinen offenen Fragen dem Kulturvertrag zustimmen, da ich der Meinung bin, dass sich das Baselbiet an dem tollen Angebot der Stadt beteiligen soll. Denn schlussendlich profitieren auch wir vom kulturellen Leben der Stadt.

Stephan Ackermann

schen Zielsetzungen und Richtungen wären eindeutig formuliert und verbindlich für alle. Ein solches Leitbild muss nicht von teuren externen Beratern gemacht werden, der Gemeinderat kann dies selbstständig tun. Der Einwohnerrat könnte dann mit diesem Papier eine finanzpolitische Grundsatzdebatte führen.

Dieses Leitbild soll und kann nicht alle Probleme der finanziellen Lage Prattelns lösen, aber es wäre bestimmt ein gutes Führungs- und Leitinstrument.

Der Landesring macht nicht nur die notwendige Opposition, sondern er liefert den Lösungsvorschlag gleich mit. Opposition mit Lösungen!

Philipp Schoch, Einwohnerrat
Mitglied der
Rechnungsprüfungskommission (RPK)

Finanzhaushalt Pratteln

Das liebe Geld

Einfach ist es, wenn viel Geld vorhanden ist. Man kann ausgeben, so viel man will, tolle Anschaffungen machen und luxuriöse Bauten hinstellen. Einige wenige Gemeinden können noch so leben. Hier in Pratteln sind solche Zeiten schon längst Vergangenheit.

Massive Verschuldung, ein minimales Eigenkapital und riesige Defizite belasten seit einigen Jahren die Gemeindefinanzen. Gehofft haben viele Menschen auf eine neue Finanzchefin und den externen Finanzberater, welcher nur vorübergehend Leiter der Finanzabteilung ist. Doch bis jetzt ist es diesen Verantwortlichen nicht gelungen, einen Lösungsansatz zu unterbreiten. Im Gegenteil, auch der Finanzplan 1998 sieht ein grobbudgetiertes Defizit von zwei Millionen Franken vor.

Der Handlungsbedarf ist offensichtlich. Es muss sofort etwas wirksames geschehen. In Zukunft muss das Geld nach ganz klaren Kriterien und Grundsätzen eingeteilt und ausgegeben werden. Prioritäten müssen gesetzt werden, das absolut Notwendige muss vom Wünschbaren getrennt werden. Ein Finanzleitbild als Führungsleitlinie für die zuständige Behörde würde vieles vereinfachen, die finanzpoliti-



Es braucht die Unabhängigen

Meistens kümmern sich nur knapp dreissig Prozent der stimmberechtigten Frauen und Männer um politische Angelegenheiten. Das, wenn zu Abstimmungen aufgerufen wird. Im täglichen Leben sind noch viel weniger Leute mit der Politik in ihrem Quartier oder der Wohngemeinde beschäftigt. Ein paar Uner-schütterliche halten treu zu ihren politischen Parteien. Gemeinsam wird Dorfpolitik betrieben. Es gibt viel zu diskutieren und zu entscheiden. Dabei merkt man rasch, dass man auch in einem kleinen Kreis

viel über verschiedenste Geschäfte mitbestimmen kann. Die Frauen und Männer, die gemeinsam über unsere Zukunft nachdenken, finden Politik keine öde Angelegenheit.

Es wundert uns, dass nicht mehr Leute mitmachen wollen.

Dabei sind die Mitgliederbeiträge in den politischen Vereinen gar nicht so hoch!

Haben Sie Interesse? Schreiben Sie uns doch ein paar Zeilen. Wir freuen uns immer, wenn wir Kontakt mit neuen Menschen bekommen!

Rolf Ackermann

Aus der ER-Fraktion:

'Gemeindeschulden abbauen'

Mit einem Antrag an der Budgetsitzung will die Fraktion der Grünen Pratteln und des Landesrings der Unabhängigen die Steuern in Pratteln zweckgebunden um zwei Prozente erhöhen. Die Mehreinnahmen sollen alleine dazu dienen, den enormen Schuldenberg Prattelns, welche Jahr für Jahr mehr als dreieinhalb Millionen Franken Schuldzinsen verschlingt, abzubauen.

Selbstverständlich ist uns klar, dass Steuererhöhungen nicht beliebt sind. Wir sehen aber nicht ein, dass jedes Jahr mehr als fünfzehn Prozent der Steuereinnahmen von natürlichen Personen oder gar fünfzig Prozent der Einnahmen von juristischen Personen für Schuldzinsen verbraucht werden!

Wir müssen längerfristig die Gemeindeschulden abbauen! Unsere seit Jahren immer wieder vorgebrachten Anträge zu massvollen Steuererhöhungen brachten nie die nötige Mehrheit hinter sich.

Wir dürfen das Schuldenproblem nicht immer weiter vor uns hinschieben. Das Problem löst sich nicht von selbst und wenn die Schuldzinsen wieder steigen sollten, wird die Situation für die Gemeindekasse noch dramatischer.

Wir wissen, dass Steuern zahlen keine populäre Angelegenheit ist. Bei Annahme unseres Antrages würde der Durchschnittshaushalt nur mit etwa fünfundfünfzig Franken pro Jahr belastet. In Pratteln hat man in der Vergangenheit grosse Fehler gemacht, als man trotz Millioneninvestitionen die Steuern nicht erhöht, sondern gar gesenkt hat! Wir hoffen, dass wir mit unserem Vorstoss Erfolg haben. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Prattler Volksvertreter gemeinsam unsere Gemeindekasse sanieren müssen.

Also, packen wir das Problem an.

Die Unabhängigen Pratteln im Internet:

<http://www.ldu.ch>

...surf doch mal vorbei!

Schlusswort (10. Teil)

Meine zehnte Landung ist nun perfekt. Bestimmt wird es nicht meine Letzte sein. Vielleicht haben Sie mich vermisst. Ich konnte leider aus finanziellen Gründen nicht alle Destinationen anfliegen. Doch wenn auch ihr Briefkasten in Zukunft immer auf meiner Flugroute liegen soll, dürfen Sie mir das gerne mitteilen.

Vor kurzen hatten wir in unserer Gemeinde eine Abstimmung über Geschwindigkeitsbeschränkung auf allen Wohnstrassen. Da wurde viel gemischt und vertauscht. Zum Teil ein Chaos angerichtet mit dem Begriff Wohngebiet und flächendeckend. Zu guter (gut?) Letzt habe die Argumente von schikanös, zu teuer und Steigerung der Aggressivität der Autofahrer gesiegt. Nichts gefruchtet habe Gedanken von Erhöhung der Lebens- und Wohnqualität oder Sicherheit. In was für einer Welt leben wir? Was für Gedankengänge laufen in den Menschen ab?

Nun stecken wir den Kopf aber nicht unter die Flügel. Tun wir uns doch zusammen, versuchen wir, die Rahmenbedingungen nach unseren Vorstellungen zu ändern! Miteinander haben wir die Chance, unsere Ideen durchzusetzen! Bis bald.

Retourkutsche

Adr. LdU-Ortsgruppe Pratteln, Fröschmattstrasse 25 4133 Pratteln

Name.....

Vorname.....

Strasse.....

PLZ; Ort.....

- Es interessiert mich was bei der LdU-Ortsgruppe so läuft!
- Ich möchte die Unabhängigen unterstützen!
- Bitte senden Sie mir einen Einzahlungsschein!